

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/33/126

Bonn, den 6. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Hilflose Bundesregierung ----- Zun Preis-Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes	36
2 - 3	Arbeitsbürger zweiter Klasse? ----- Gleichberechtigung der Frauen in Entlohnung und Aufstiegchancen noch nicht erreicht	63
3	Wir haben's ja! ----- Verlängertes Wochenende für 12 km Straße	25
4 - 5	"Mit dem Gesicht nach Deutschland..." ----- Eine beachtenswerte Buchausstellung in Frankfurt Von Willi Peters, Bonn	68
5	Sport - nur eine Nebensache? ----- Zu einem neuen Heft aus der Schriftenreihe der Jungsozialisten	26
6	Das "Görlitzer Abkommen" vom 6. Juli 1950 ----- Oder-Neiße-Linie ist keine Staatsgrenze Von Dr. Manfred Geßner	45

Hilflose Bundesregierung

Zur Preis-Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes

sp - In der Polemik gegen die Gewerkschaften wird häufig behauptet, sie seien die "Preistreiber". Obwohl das erwiesenermaßen nicht wahr ist, wiederholt man diese Behauptung so oft, bis schließlich sogar diejenigen daran glauben, die ganz genau wissen, wie fadenscheinig sie ist. Bei genaueren Untersuchungen kann man feststellen, daß es gerade die Gewerkschaften sind, die seit Jahr und Tag von der Bundesregierung fordern, sie solle durch objektive Preisgutachten und Marktanalysen des Preispegels die Ursachen seiner Veränderungen öffentlich darlegen.

Seit Jahren wird von der Bundesregierung - wenigstens bei internen Gesprächen - die Erfüllung dieser Gewerkschaftsforderung in Aussicht gestellt. In der Praxis jedoch geht der Schleichdrift weiter, werden in den verschiedensten Wirtschaftszweigen Gewinnspannen erzielt, die sich preistreibend auswirken und schließlich die Stabilität der Währung gefährden.

Es ist daher zu begrüßen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund erneut die Bundesregierung aufgefordert hat, umgehend den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik mit der Erstellung eines Gutachtens über die Preisentwicklung zu beauftragen.

- * Im Verlaufe des vergangenen Jahres ist eine Verteuerung von ca. 5
- * Prozent eingetreten. Allein von Dezember 1964 bis April 1965 betrug
- * der Preisanstieg je Monat bereits 0,35 Prozent. Ohne eine klare Wirt-
- * schafte- und Finanzpolitik würde bis zum Jahresende mit einer Preis-
- * erhöhung von mehr als 4 Prozent zu rechnen sein.

Wir wissen, daß es der jetzt noch antirenden Bundesregierung schwer fällt, dem Verlangen des DGB nachzukommen. Würde sie es tun, dann müßte sie ihr Dogma von den sich angeblich auspendelnden Preisen aufgeben. Ausserdem wäre dadurch das Märchen zerstört, wonach "die Gewerkschaften" an der Preisentwicklung schuld seien. - Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung auf den erneuten Appell des DGB reagieren wird. Bisher hatte sie immer behauptet, die Preissteigerungen hielten sich im Rahmen des "Normalen". Dieser "Orientierungsmaßstab" ist - wie jeder weiß - längst überholt. Bei weiterer Latenzlosigkeit müßte sich die jetzt noch antirende Bundesregierung den Vorwurf gefallen lassen, sie organisiere einen gewaltigen Ausverkauf, einen Ausverkauf allerdings, der sich nicht in Preissenkungen ausdrückt, sondern in einer Wirtschaftspolitik, die nichts anderes verdient als die Kernzeichnung "Wach uns die Sintflut".

Arbeitsbürger zweiter Klasse ?

Gleichberechtigung der Frauen in Entlohnung und Aufstiegchancen noch nicht erreicht

Auf jedem dritten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik ist eine Frau tätig. Rund zehn Millionen Frauen stehen im Erwerbsleben und fördern damit Wohlfahrt und sozialen Fortschritt des deutschen Volkes, dessen Wirtschaftsleben ohne diesen Beitrag nicht denkbar wäre. Diese veränderte Stellung der Frau in der Industriegesellschaft ist zwar eine Realität, hat im betrieblichen und öffentlichen Leben jedoch nicht die notwendige Berücksichtigung gefunden. Weder der Grundsatz der gleichen Entlohnung für die gleiche Arbeit noch die Chancengleichheit beim innerbetrieblichen Aufstieg sind bisher verwirklicht.

Bei gleichen Tätigkeitsmerkmalen des Arbeitsplatzes ziehen die Frauen im Stundenlohn gegenüber ihren männlichen Kollegen noch immer den kürzeren. Dafür gibt es nach allen Erfahrungen der Produktions- und Leistungskontrolle keine sachliche Berechtigung. Trotzdem vollzieht sich der Angleichungsprozeß in der Tarifgestaltung nur sehr zögernd. Das prozentuale Verhältnis der Stundenverdienste von Frauen und Männern lag 1950 bei 62,6 zu 100. Bis 1964 hatte sich im Bundesdurchschnitt eine Verbesserung zugunsten der weiblichen Arbeitnehmer ergeben, die sich mit knapp fünf Prozent für einen Zeitraum von 14 Jahren jedoch mehr als bescheiden ausnimmt. Obwohl "Frauenlohngruppen" formell besetzt sind, ist ihr Fortbestehen in der Praxis eine unumstößliche Tatsache. Dies wird sogar bei den Hilfsarbeiterlöhnen sichtbar, wo die Benachteiligung der Frauen je nach Industriezweig zwischen 7 und 30 Prozent variiert.

Aufstieg fällt schwer

Die Stellung der Frau im Beruf ist auch hinsichtlich der Aufstiegchancen merklich schlechter als die der Männer. Dafür gibt es zum Teil objektive Gründe. Sie liegen in einem Nachholbedarf der weiblichen Bevölkerung an schulischen Voraussetzungen und in der geringeren Berufserwartung der Frauen, die sich in einer verhältnismäßig kurzen Erwerbstätigkeit niederschlägt. So hat nur jede vierte Frau in der Bundesrepublik, die jetzt nur noch in der Kittelschürze am Herd steht, mehr als zehn Jahre den Arbeitskittel getragen. Der durchschnittliche Wert weiblicher Berufsausübung bewegt sich zwischen 12 und 13 Jahren, bei den Männern dagegen zwischen 27 und 28 Jahren. Die Befürchtung, daß eine befähigte Mitarbeiterin plötzlich "hinweggeheiratet" wird, spielt bei der Bevorzugung männlicher Anwärter auf eine höhere Position öfter oft eine entscheidende Rolle.

Neben diesen Schranken, die sich einer weiblichen Karriere in der Mehrzahl der Betriebe entgegenstellen, tritt aber auch noch eine geschlechtsspezifische Diskriminierung. Ihre Auswirkungen bekommen die Frauen nicht nur auf Lohn- und Gehaltsstreifen, sondern auch auf dem Weg nach oben zu spüren. Bei einer Repräsentativumfrage in Köln äußerte sich kürzlich jede zweite der befragten Frauen, die Männer würden bevorzugt befördert, jede sechste war sogar der Meinung, ihr Geschlecht sei ein unüberwindbares Hindernis für einen Aufstieg, und nur drei von zehn Frauen bejahten eine Chancengleichheit der Geschlechter.

Widerspruch und Vorurteile

Die Analyse der weiblichen Beschäftigungsverhältnisse gibt den Skeptikern recht. Nicht einmal jede dreißigste erwerbstätige Frau hat eine gehobene Position als Angestellte, Beamtin oder in einem freien Beruf inne. Von hundert weiblichen Angestellten üben nur fünf leitende Funktionen aus, während 41 als Bearbeiterinnen begrenzter Sachbereiche fungieren und mehr als die Hälfte nur untergeordnete Tätigkeiten verrichten. Ein noch einseitigeres Bild ergibt sich bei den einfachen Arbeiterinnen, von denen nur ein kleiner Prozentsatz den Sprung von der ungelerten Hilfs- zur Fachkraft schafft. Diese unübersehbare Situation, daß nur ein geringer Teil der berufstätigen Frauen einen qualifizierten Arbeitsplatz hat, hängt offenbar nicht allein mit den unterschiedlichen Startbedingungen gegenüber den Männern zusammen.

Vielmehr gibt es noch große und vorurteilsbeladene Widersprüche zwischen dem Gewicht der Frauenarbeit in unserer Volkswirtschaft und der beruflichen bzw. sozialen Stellung der Frau. Eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik darf diese Widersprüche nicht hinnehmen wie das Wetter. Sie muß Folgerungen ziehen, die sich aus der gewandelten Rolle der Frau in der modernen Arbeitswelt ergeben.

+ + +
Wir haben's ja!

Verlängertes Wochenende für 18 km Straße

sp - Ein findiger Mann hat ausgerechnet, daß man mit den Kosten für die Einweihung des 18 km langen (kurzen) Autobahnstückes an der nördlichen Tangente von Köln mindestens zwei Einfamilienhäuser hätte bauen können. In dieser Berechnung sind enthalten: Benzin und Betriebskosten für rund 300 Wagen der Ehrengäste, die zum Teil aus einem Umkreis von 80 bis 100 km Entfernung zum "Ort der Tat" herbeigeeilt waren, um das große Ereignis festlich zu begehen. Ferner die ausgefallenen Arbeitsstunden von ca. 700 Personen, die an diesem Tage ihre Arbeitsplätze verlassen hatten. Bewirtungskosten und Spesenabrechnungen (Tagegelder) für Personen, die teils "von Amts wegen", teils "im Interesse der Firma" zugegen waren, als Bundesverkehrsminister Seeborn sein jüngstes Autobahnkirch dem Verkehr übergab. Als "unsichtbare Kosten" sind noch das Herbeischaffen der Leverkusener Schulkinder, die Polizeisperrungen und der Großeinsatz von Verkehrspolizei hinzuzufügen.

Man kann man zwar der Meinung sein, daß bei einem Baukostenbetrag in Höhe von rund 167 Millionen DM ein paar tausend Mark mehr keine Rolle spielen; außerdem ist es ja sicher angebracht, daß Herr Seeborn kurz vor der Bundestagswahl seine Popularität aufmöbelt. Aber wenn in Frankreich, England oder in den USA ein 18 km langes (kurzes) Straßenstück dem Verkehr übergeben wird, dann geschieht das meist im Rahmen einer kleinen Lokalfeier, an der die Bürgermeister der umliegenden Ortschaften, die Bauarbeiter und vielleicht ein Vertreter des zuständigen Ministeriums teilnehmen. Bei uns wird ein verlängertes Wochenende veranstaltet, bei dem nur noch der Aufmarsch einer kriegstarken Bundeswehrkompanie fehlt, um das Fest richtig rund zu machen. Wir haben's ja!

"Mit dem Gesicht nach Deutschland..."

Eine beachtenswerte Buchausstellung in Frankfurt

Von Willi Peters, Bonn

In der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main wird die seit Kriegsende erscheinende deutschsprachige Literatur systematisch erfaßt und gesammelt. Das gehört zu den Aufgaben, die der Bibliothek von ihren Trägern, dem Bund, dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt und dem Börsenverein des deutschen Buchhandels gestellt sind. Darüber hinaus hat sich die Deutsche Bibliothek aber einer Aufgabe angenommen, für die ihr besonderes Verdienst gebührt: Der Sammlung von Veröffentlichungen deutscher Emigranten aus den Jahren 1933 - 45. Inzwischen umfaßt diese Sammlung bereits über 8 000 Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Tarnschriften, Prospekte usw., zum überwiegenden Teil verfaßt von Deutschen, die ihre Stimme laut werden ließen, um die Welt aufzurütteln gegen die Unfreiheit und Unmenschlichkeit, die in Deutschland die Oberhand gewonnen hatten.

Vom Mai bis August 1965 sind wesentliche Stücke dieser seltenen Sammlung im Benutzungssaal der Bibliothek in der Zeppelinallee, Frankfurt, ausgestellt. Es ist die erste Ausstellung, die die Bibliothek veranstaltet, und es verdient Anerkennung, daß sie den Reigen ausgerechnet mit dieser, gewiß nur einen begrenzten Interessentenkreis ansprechenden Sammlung eröffnete. Dazu gab sie einen vorzüglichen Katalog heraus, in dem man auf 324 Seiten Text und 40 Abbildungen eine Fülle interessanter Informationen findet - ganz abgesehen davon, daß der Katalog als Führer durch die Ausstellung dient.

Gewiß, nur etwa 5 Prozent des Gesamtbestandes ist in den Vitrinen zu sehen; allein räumliche Grenzen verbieten eine Gesamtausstellung. Es sind bezeichnende Dokumente, die einen tiefen Eindruck hinterlassen. Vor allem wird die Vielfalt deutlich, die gerade für die Exil-Literatur charakteristisch ist. Denn der Begriff "Exil-Literatur" täuscht eine Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit vor, die in Wirklichkeit nicht bestanden hat. Zwischen allen Autoren, Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und Künstlern, deren Publikationen ausgestellt sind, läßt sich keine Gemeinsamkeit finden, außer, daß sie alle - aus ganz verschiedenen Gründen - vor Hitler geflüchtet waren und im Exil ihre Meinung frei äußern konnten.

Es gab keine gemeinsame Front gegen Hitler, ebensowenig wie nicht allen Emigranten das Exil lediglich eine strategische Rückzugsposition bedeutete, wie etwa den Sozialdemokraten, deren Vorsitzender Otto Wels das Wort von der Emigration "mit dem Gesicht nach Deutschland" prägte. Manchem wurde die Emigration zum Sinnbild der Heimatlosigkeit und Verlorenheit, aus der sie nicht zurückzufinden vermochten.

Die Gliederung der Ausstellung ist wohltaugend sachlich und übersichtlich. Man findet nationalsozialistische Veröffentlichungen aus der Zeit vor 1933, Äußerungen von Hitler, Göring und Göbbels, die die brutale Entschlossenheit zur Vernichtung des politischen Gegners ausdrücken - im Katalog auf braunem Papier gedruckt. Es folgen Schriftstücke, gedruckt in Karlsbad, Prag, Paris, Amsterdam und anderswo, die den "Gegenangriff der Emigranten" deutlich machen. Beachtlich sind Darstellungen, Kritiken, Analysen, die das Phänomen des Nationalsozialismus behandeln und die Affären, Ereignisse und Zustände, den "Reichstagsbrand", die "Röhm-Affäre", die Judenverfolgung, die Kirchenverfolgung, die Konzentrationslager und schließlich den von Hitler heraufbeschworenen Krieg.

Die sozialdemokratische Emigration nimmt naturgemäß einen breiten Raum ein. Schließlich stellte die Sozialdemokratie die stärkste politische Kraft gegen Hitler dar. Noch nach der Machtergreifung, am 24. März 1933 lehnte sie trotz des Terrors im Reichstag in offener Abstimmung das Ermächtigungsgesetz ab. Viele Sozialdemokraten gingen in der Folge ins Ausland, um der drohenden Verhaftung oder dem Mord zu entgehen, aber auch, um eine Plattform zum Kampf gegen Hitler aufzubauen.

Von der Vielfalt der Emigration vermag nur der Besuch der Ausstellung selbst zu überzeugen. Wen aber der Weg nicht nach Frankfurt führt, der möge sich den von Dr. Werner Berthold gestalteten Katalog kommen lassen, in dem sich mit Gewinn stundenlang blättern und lesen läßt. Manchem werden sich Einblicke eröffnen, die ihm bisher verschlossen waren. Jeder aber wird beim Lesen dem Mut und der Kraft dieser Menschen Achtung zollen, die seinerzeit den Weg ins Ungewisse gingen, die Hunger und Entbehrung auf sich nahmen, weil sie ohne Freiheit nicht leben konnten, verfolgt waren oder eine neue Plattform für den Kampf gegen die Diktatur suchten.

+ + +

Sport - nur eine Nebensache ?

Zu einem neuen Heft aus der Schriftenreihe der
Jungsozialisten

sp - In der Schriftenreihe der Jungsozialisten ist ein neues Heft erschienen, das sich wie ein spannender Kriminalroman liest. Hier wird geschildert, wie Willi Haldorf die Goldmedaille im Schießen bei der Olympiade in Tokio gewann und wie Friedel Schirmer, seit 1956 ehrenamtlicher Trainer des Deutschen Leichtathletikverbandes für die Zehnkämpfer, diesen Sieg Haldorfs vorbereitet hat. Aber noch vieles andere erfährt man in diesem Büchlein: Wissenswertes über Trainingsmethoden, Hinweise auf die Vor- und Nachteile des Spitzensports, Anregungen, wie den Sportvereingehörfen werden kann - kurz, man erhält einen Überblick über das, was in deutschen Sport gut und weniger gut ist. Zur negativen Bilanz gehört die Erinnerung daran, daß der Schulsport in der Bundesrepublik ein Stiefkind ist. Es wird weiter dargestellt, welche Bedeutung der Massensport für Gesellschaft und Staat hat, wie die Probleme der Gesundheit im Zusammenhang mit dem Sport zu sehen sind und was die Gemeinschaft, der Staat, noch tun muß, um den Sport auch in der Bundesrepublik jenen Platz einzuräumen, der ihm gebührt.

Friedel Schirmer hat einmal gesagt, der Sport sei die schönste Nebensache der Welt. In zahlreichen Vorträgen hat Schirmer jetzt dieses Wort umgewandelt in "Sport ist nicht nur die schönste Nebensache der Welt". Damit will er sagen, daß die Gemeinschaft, der Staat, den Sport ein wichtiges gesundheitspolitisches, soziologisches und pädagogisches Problem sehen sollte und daß alles, was zu dessen Lösung beiträgt, der Allgemeinheit von Nutzen ist. - Die Jungsozialisten haben sich durch die Herausgabe dieses Büchleins ein großes Verdienst erworben.

+ + +

Das "Görlitzer Abkommen" vom 6. Juli 1950

Oder-Neiße-Linie ist keine Staatsgrenze

Von Dr. Manfred Gessner

Im allgemeinen sind die Unterzeichner von internationalen Verträgen darauf bedacht, den Vertragsgegenstand in ein rechtlich einwandfreies Gewand zu kleiden, um damit Diskussionen über die Rechtmäßigkeit des Vertragsabschlusses möglichst auszuschließen. Wird dieser Gepflogenheit nicht entsprochen, so darf man vermuten, daß die Rechtsposition der Vertragspartner auf tönernen Füßen steht. Als Beispiel dafür dient das sogenannte "Görlitzer Abkommen" vom 6. Juli 1950, in dem zwischen der sowjetischen und der polnischen Regierung die Oder-Neiße-Linie zur "Staatsgrenze" erklärt wurde.

In der Präambel heißt es, man habe das Abkommen "in Anlehnung an das die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße festlegende Potsdamer Abkommen" geschlossen. Dabei ist hinreichend bekannt, daß in der zitierten Abmachung der Siegermächte ausdrücklich die "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt" worden ist.

Bei diesem Täuschungsmanöver vor 15 Jahren feierte die Plumpheit einen ihrer größten Triumphe. Es wäre ein leichtes Beginnen, wollte man die Unhaltbarkeit dieser schriftlichen Absprache durch weitere Beweise erhärten. Doch aus der bisher getroffenen Feststellung geht bereits deutlich hervor, daß durch das "Görlitzer Abkommen" kein für die Regelung des deutsch-polnischen Grenzverlaufs völkerrechtlich und für Deutschland gültiges Dokument unterzeichnet worden ist. Die Übertretung von Handlungsbefugniss sowohl durch die sowjetische als auch polnische Regierung steht der Gültigkeit des Vertrages entgegen. Nur auf der noch ausstehenden Friedenskonferenz können die beteiligten Mächte die Grenze zwischen Deutschland und Polen vertraglich regeln.

Dies zum Ausdruck zu bringen, gebietet uns auch die Achtung vor dem Recht auf Heimat. Wir wissen um die Problematik, die entstanden ist, indem zehntausende polnischer Familien in den deutschen Ostgebieten sesshaft geworden und tausende junger Polen hier geboren worden sind. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß Lösungengefunden werden können, wenn Vernunft, Verständnis und guter Wille für alle Beteiligten das Prinzip ihrer menschlichen und politischen Haltung ist.

Die SPD hat erst kürzlich auf ihrem vielbeachteten volkspolitischen Kongress in Bad Godesberg der Öffentlichkeit Vorschläge unterbreitet, die von diesem Geist durchdrungen sind und das positive Verhältnis der Sozialdemokratie zur Nation beleuchten. Daß die dort geäußerten Gedanken und erzielten Ergebnisse für die noch offene Frage der deutschen Ostgrenze gleichermaßen von aktueller Bedeutung sind, unterliegt keinem Zweifel. Es ist daher wohlthuend zu wissen, daß bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die Politik für Deutschland in sicheren und guten Händen liegt.